

**Präsident Eisenhower:**

## Alle Kräfte für die deutsche Einheit

Ein Brief an den Bundeskanzler — Bankrott der SED

Bonn (Eigenmeldung/DPA/AP). Präsident Eisenhower hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer versichert, daß sich die Regierung der USA mit der vollen Kraft ihrer politischen, diplomatischen und moralischen Unterstützung weiterhin für die Durchführung freier Wahlen in Deutschland einsetzen wird. „Ohne freie Wahlen und ohne die anschließende Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gibt es keine Lösung der Deutschland-Frage“, erklärt Eisenhower.

Der Brief Eisenhowers enthält eine eingehende Analyse des Juni-Aufstandes in Ostberlin und der Zone. Eisenhower kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Aufstand ist spontan gewesen. Kein Provokateur kann die Menschen dazu bringen, sich mit Stöcken und Steinen vor Panzer zu stellen. Solche Taten kommen aus dem Herzen und können nicht mit fremdem Geld bezahlt werden.

2. Der Aufstand ist nicht nur ein kurzer Verzweiflungssakt gewesen. Die laufenden Nachrichten über Unruhen in der Sowjetzone zeigen trotz der jahrelangen Bolschewisierung eine feste Entschlossenheit der Bevölkerung, völlig frei zu werden.

3. Die Aufständischen sind keine „bürgerlichen Reaktionäre“, sondern Arbeiter gewesen.

4. Die Tatsache des Aufstandes, das Verhalten der deutschen kommunistischen Führer und ihre Taten nach dem Aufstand beweisen den völligen politischen Bankrott der SED.

5. Es ist von größter Bedeutung, daß der Ruf der Arbeiter lautete: „Wir wollen freie Wahlen.“ In diesem Ruf hat die Bevölkerung klar und einfach ihre Sehnsucht nach einer Erleichterung ihrer Bürden und Leiden zusammengefaßt.

Diese fünf Punkte bildeten den Hintergrund für den Teil

des Kommuniqués der Washingtoner Außenminister-Konferenz, der sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands und mit freien Wahlen beschäftigt, erläutert Eisenhower in seinem Schreiben.

Er erklärt dann, er sei niemals der Meinung gewesen, daß die EVG und die Wiedervereinigung Deutschlands sich ausschließen. Das Gegenteil sei der Fall.

Wörtlich heißt es in dem Brief Eisenhowers:

„Der Frieden, den wir alle so sehnlich suchen, kann nicht durch Schwäche hergestellt werden. Die EVG wird die einfachste, bedeutendste und klarste Demonstration der Stärke für den Frieden sein.“

Eisenhower betont weiter, daß diejenigen in Deutschland, die glauben, daß sie eine leichte und sichere Lösung durch wehrlöse Neutralisation vorschlagen können, die Richtigkeit und Sicherheit eines solchen Weges sorgfältig überprüfen sollten.

Eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung müsse frei darüber entscheiden können, inwieweit sie Verteidigungsabkommen, die mit den Prinzipien der Vereinten Nationen übereinstimmen, abschließen wolle.

## Schweigemarsch unter Fackeln

Mahnmal für die Opfer des 17. Juni eingeweiht

Berlin (Eigenmeldung). In einer eindrucksvollen Feierstunde wurde das Mahnmal für die Opfer des 17. Juni 1953 an der Potsdamer Chaussee in Zehlendorf unmittelbar gegenüber dem sowjetischen Panzerdenkmal eingeweiht.

Flüchtlinge haben hier mit Unterstützung der Bevölkerung einen Ehrenhain angelegt, in dessen Mitte ein schlichtes Holzkreuz steht. Nach Berlin geflüchtete Mitglieder von Streikleitungen aus ostzonalen Betrieben hatten sich vor der Kundgebung zu einem mehrere hundert Meter langen Fackelzug am Bahnhof Wannsee formiert. Sie trugen im Schweigemarsch zum Panzerdenkmal Schilder

u. a. mit den Aufschriften „Streikleitung Stalinallee“, „Streikleitung Leuna“, „Streikleitung Magdeburg“.

Der amtierende Bürgermeister von Zehlendorf, Dr. Willy Stiewe, dem das Mahnmal zu treuen Händen übergeben wurde, sagte in seiner eindrucksvollen Rede: „Die Fackeln, die heute abend hier entzündet wurden, sind die Fackeln der Freiheit, des Lichtes in der Finsternis, Welten, nicht nur eine Zonengrenze, trennen uns von dem System des Ostens. Der Panzer, der die Gewalt darstellt, und das Holzkreuz, das ihm gegenübersteht, sie drücken den Gegensatz aus, um den es geht.“

## Die jüngste Entwicklung in der Sowjetzone

Zur jüngsten Entwicklung in der Sowjetzone machte der geschäftsführende Vorsitzende der Exil-CDU, Dr. Johann B. Gradl, über den Rundfunk (RIAS) die folgenden Ausführungen:

Die kommunistischen Machthaber in der sowjetischen Besatzungszone haben, obwohl schon geraume Zeit seit der Volkserhebung des 17. Juni vergangen ist, ihr Gleichgewicht nicht wiedergefunden. Ihre Handlungen und ihre Erklärungen sind ein einziges Bild der Verwirrenheit. Sie beschwören den sogenannten neuen Kurs, und zugleich lassen sie eine neue Terrorwelle über das Land gehen. Sie versuchen wieder einmal etwas Unmögliches, nämlich in der Welt einen besseren Eindruck zu machen und zugleich ihre erschütterte Machtposition wiederherzustellen. Wenn man außerdem bedenkt, daß im Kremel selbst einiges durcheinanderging — wie der Sturz von Berija deutlich machte —, dann kann man sich die innere Verwirrung der kommunistischen Funktionäre gut vorstellen. Eine unfreiwillige Bestätigung gab neulich das Zentralorgan der SED, als es klagend feststellte, daß sich selbst „im Apparat des Zentralkomitees Funktionäre gegenüber der persönlichen Teilnahme an der politischen Massenarbeit oft formal verhalten“. Formal, das heißt in verständlichem Deutsch: sie gehen nur hin, um dagewesen zu sein, aber sie wagen nicht mehr hervorzutreten.

### Verlegenheit und Unsicherheit

So könnte man viele Beispiele für die innere Schwäche des Pankower Regimes aneinanderreihen. Aber die Bevölkerung in der Sowjetzone weiß um diese Schwäche am allerbesten. Sie sieht ja täglich die Verlegenheit, die Unsicherheit, die mit forschem Auftreten nicht zu verdeckende Ängste der kleinen Ul-

brichte, Piecke und Grotewohle, denen der Schreck des 17. Juni in den Gliedern stecken geblieben ist und steckenbleiben wird. Walter Ulbricht darf zwar wieder auftreten, und die Berufung von Hilde Benjamin könnte scheinen, als ob Ulbricht die volle Macht für seinen alten, nur neu frisiierten Kurs zurückbekommen hat. Wie gesagt, so scheint es, und bis zu einem gewissen Grade ist es gegenwärtig so. Aber es könnte auch sein, daß die Sowjets Ulbricht nur deshalb noch einmal hervortreten lassen, um ihn und sein System auf dem Altar einer Viermächteverstandigung als Zeichen ihren guten Willens opfern zu können.

### Ulbrichts Tage sind gezählt

Wie dem auch sei, seit dem 17. Juni sind die Tage Ulbrichts und seiner Helfershelfer so oder so gezählt. Keine Macht der Welt löscht mehr die Schande aus, daß das Pankower System fremde Panzer zu Hilfe rufen mußte. Niemand weiß, wie lange ihm der Kremel noch diese Hilfe zu geben für richtig findet. Aber die Männer im Kremel sollten, wenn sie wirklich kühle Rechner sind, eigentlich schon gemerkt haben, daß die Aufrechterhaltung des Pankower Systems und damit die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands für die eigenen Interessen der sowjetischen Politik keinerlei Gewinn mehr bringen kann, sondern nur Lasten und ernsteste Risiken.

### Das gefährlichste Pulverfaß

Die Politik der freien Welt wird dafür zu sorgen haben, daß diese Erkenntnis dem Kremel immer unausweichlicher gemacht wird. Die Menschen in der Sowjetzone haben in den vergangenen Jahren oft gedacht und, wo sie es konnten, auch gesagt, daß die freie Welt in ihrer Einstellung und Politik zur Wiedervereinigung nicht geschlossen und aktiv genug ist. Der stille Vorwurf, der darin steckt, ist verständlich. Die freie Welt ist nun einmal — in diesem Falle möchte man fast sagen, leider — ein sehr kompliziertes Gebilde. Aber das steht fest: auf der Tagesordnung der internationalen Politik ist das Thema Wiedervereinigung durch den 17. Juni gewissermaßen in einem geschichtlichen Ruck an die vor-

derste Stelle gerückt worden. Es gibt leider viele Pulverfässer in der Welt. Aber niemand im Westen und im Osten kann sich heute der Einsicht verschließen, daß die Teilung Deutschlands, daß die kommunistische Abspaltung Mitteldeutschlands das gefährlichste Pulverfaß für den Frieden der Welt ist. Es gibt nur ein Mittel, dieses Pulverfaß zu beseitigen: die Wiedervereinigung in Freiheit.

### Entschlossenheit des Westens

Die westliche Politik ist — auch wenn dem einen oder anderen Politiker in Westeuropa das Umlernenmüssen nicht leicht fiel — dazu entschlossen. Die Bundesrepublik, das freie Deutschland hat dafür zu sorgen, daß diese Entschlossenheit in der konkreten Politik realisiert wird. Dazu gehört allerdings auch, daß dieser Politik ein Gewicht gegeben wird, das die andere Seite wirklich beeindruckt. Gutes Zureden allein hilft gegenüber der hartgesotenen sowjetischen Politik nicht. Dahinter muß echte eindrucksvolle Macht stehen. Das ist der Sinn der Bereitschaft der Bundesregierung, zur Stärkung Europas und zu seiner Verteidigung einen entschlossenen deutschen Beitrag zu leisten. Den Sowjets muß durch diesen deutschen Willen und durch europäische Entschlossenheit zur Selbstverteidigung klargemacht werden, daß eine sowjetische Politik, die Mitteldeutschland als Sprungbrett nach Westdeutschland und Westeuropa festhalten will, ihren Sinn verloren hat. Diese Überlegungen sind nicht verächtliche klein-europäische Spielerei, sondern realistische Politik. Man vergesse doch nicht: die erste sichtbare Änderung der sowjetischen Sprache, die Note vom 10. März 1952, kam erst, als die Montanunion ratifiziert worden war und der Abschluß der Bonner Verträge über EVG usw. deutlich wurde. Beides ist notwendig: offen sein für echte sowjetische Einsicht, wenn sie kommen sollte, aber auch entschlossen sein zur gemeinsamen Stärkung. Das ist auch, auf eine kurze Formel gebracht, die erklärte Politik der Christlich-Demokratischen Union und der insbesondere von ihr getragenen Bun-

(Fortsetzung S. 3)

## Die jüngste Entwicklung in der Sowjetzone

Fortsetzung von Seite 2

desregierung. Würden die Bundesregierung und die anderen freien Völker anders verfahren, so würden kommende West-Ost-Konferenzen, auf deren Erfolg wir doch alle hoffen, nur der Gefahr unterliegen, daß sie von den Vertretern des Kreml wieder mißbraucht würden zu den sattem bekannten Konferenzspielen um der Lähmung willen.

### Ausweichtaktik?

Es ist überdies noch keineswegs sicher, daß der Kreml wirklich schon zur Einsicht und Einigung bereit ist. Unleugbar, er hat einige Erklärungen gegeben und — allerdings für ihn sehr billige — Maßnahmen getroffen, die darauf schließen lassen könnten. Er hat zum Beispiel kürzlich der Türkei seinen Verzicht auf territoriale Ansprüche bindend erklärt. Aber in der Sowjetzone jedenfalls hat er mit der einen Hand nehmen lassen, was er mit der anderen zu geben schien. Die einen wurden aus Waldheim entlassen, die anderen mit um so härterer Terrorjustiz hineingebracht. Und was soll man davon halten, daß Pieck und Grotewohl jetzt wieder die längst verbrauchte Parole „gemeinsame Beratungen zwischen Bundesrepublik und Sowjetzone“ hervorholen? Wollen die Sowjets auf diese Weise der für September vorgeschlagenen Viererkonferenz ausweichen? Sie sollen jedenfalls nicht im Zweifel gelassen werden: Für die Christlich-Demokratische Union und für die freiheitlichen Parteien überhaupt gibt es keinen gemeinsamen Tisch mit den Männern von Pankow. Diese Männer haben am 17. Juni fremde bewaffnete Hilfe gegen deutsches Volk gerufen. Sie haben geduldet und sogar gefordert, daß fremde Waffen auf deutsche Menschen schossen, die nichts anderes taten, als gegen das volksfremde Pankower Regime zu demonstrieren, weil sie mit dem Wahlzettel in der sogenannten Volksdemokratie ihre Meinung nicht zum Ausdruck bringen konnten. An den Händen der Pankower klebt deutsches Blut. Es wäre eine

Beleidigung des ganzen deutschen Volkes, und insbesondere der Freiheitskämpfer des 17. Juni, wollte man sie als Sprecher der Sowjetzone in gesamtdeutschen Beratungen annehmen.

### Sowjets müssen antworten

Die Frage nach freien Wahlen ist an die Sowjets gestellt. Sie haben am 17. Juni gezeigt, wer der Herr in der Sowjetzone ist, und nur ihre Antwort kann ernst genommen werden, niemals eine Antwort der Pankower. Diese fremdhörigen Kommunisten haben, ob sie nun in der Sowjetzone oder im Bundesgebiet sitzen, kein Gewicht mehr für das deutsche Volk. Sie wissen das auch genau, denn sonst würden sie sich nicht im Bundesgebiet so krampfhaft darum bemühen, bei den kleinen Grüppchen von Illusionisten des Schlages Heinemann und bürgerlichen Satelliten wie Wirth Wahlgewinnschaft zu finden. Sie nennen das: „Bereitschaft, mit allen zusammenzuarbeiten zum Sturz der Bundesregierung“. Natürlich lassen sie die Regierung von Konrad Adenauer. Aber in diesem Augenblick geht es ihnen noch mehr darum, Unterschlupf zu finden, um nicht bei der Zählung am Wahltage deutlich werden zu lassen, daß der Kommunismus nicht einmal fünf Prozent der Bevölkerung des Bundesgebietes zu gewinnen vermag. Die sowjetischen Politiker sollten das eigentlich wissen und die Folgerung daraus ziehen, die allein vernünftig ist: Politik mit Kommunisten läßt sich in Deutschland weder westlich noch östlich der Zonengrenze künftig machen.

### Tag X kommt!

Wir wissen nicht, welche Wege die Politik um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in den kommenden wichtigen Monaten im einzelnen gehen wird. Wir wissen nicht, wann der Tag X, der Tag der Wiedervereinigung, kommt. Wir wissen aber, daß er kommen wird. Daß das keine Redensart, sondern

echte Gewißheit ist. Das ist viel deutlicher, als schöne Worte es vermöchten, in Erscheinung getreten gerade auch in der Arbeit des Forschungsbeirats für die Wiedervereinigung, der bei dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, besteht. Dieser Forschungsbeirat für den Tag X, wie man ihn abgekürzt zu nennen pflegt, hat es den Pankower Machthabern besonders angetan. Es lohnt sich nicht, auch nur ein Wort über ihre Märchen und falschen Vorwürfe gegen den Forschungsbeirat zu verlieren. Der Forschungsbeirat tut nichts weiter, als in nüchterner und gründlicher Arbeit die Maßnahmen vorzubereiten, um nach der Wiedervereinigung schleunigst die Versorgung der Bevölkerung der Sowjetzone auf den westdeutschen Lebensstandard zu heben, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Zwangswirtschaft zu beseitigen, ohne daß in der Übergangszeit ein Durcheinander entsteht. Und an dieser Aufgabe arbeiten Regierung und Opposition, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Industrie und Landwirtschaft der Bundesrepublik gemeinsam in strenger Sachlichkeit. Solche stille, aber sehr konkrete Arbeit beweist mehr als schöne Worte die Gewißheit der Wiedervereinigung, für die der Bundeskanzler vor den Särgen der Opfer des 17. Juni für das ganze deutsche Volk den Schwur abgelegt hat, nicht zu ruhen, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.

### Zum Tag der Heimat

Bonn (AP). Zum „Tag der deutschen Heimat“, der am 2. August im Bundesgebiet und in Westberlin begangen wird, haben die Minister Kaiser und Lukaschek Geleitworte an die Heimatvertriebenen gerichtet.

„Durch den Juni-Aufstand ist die deutsche Frage mehr denn je in den Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses gerückt“, schreibt Kaiser. „Die Weltmächte werden sich von Tag zu Tag klarer, daß eine Beruhigung und Stabilisierung der internationalen Lage nicht möglich ist, solange Deutschland geteilt ist.“

## Mit Panzerauto über die Grenze

Husarenstreich tschechoslowakischer Flüchtlinge

Nürnberg (DPA). Ein Panzerauto durchbrach bei der Ortschaft Rötitz im Landkreis Waldmünchen die tschechoslowakischen Grenzsperrren und kam wohlbehalten auf bayerisches Gebiet. Die Insassen — vier Männer, zwei Frauen und zwei Kinder — baten die deutschen Grenzpolizei um politisches Asyl.

Der Fahrer des Panzerautos, ein tschechischer Mechaniker, berichtete, daß er das Fahrzeug für die Flucht umgebaut hat. Er sicherte es von allen Seiten mit alten Panzerplatten. Es sieht einem Panzerspähwagen so ähnlich, daß zwei tschechische Soldaten das Fahrzeug auf der Fahrt zur Grenze ungehindert am Schlagbaum passieren ließen.

## Protest zurückgewiesen

Berlin (DPA). Der stellvertretende Stabschef der US-Truppen in Europa, General Gard, hat die sowjetische Behauptung zurückgewiesen, US-Flugzeuge hätten die Bestimmungen über den Verkehr in den Lufträumen verletzt. Die sowjetische Behauptung wird als unbegründet bezeichnet.

## Kein Zutritt für den FDGB

IG Bergbau tagte in Köln

Köln (Eigenbericht). Die Schatten der Ereignisse in Ostberlin und der Sowjetzone vom 17. Juni lagen auch über der Eröffnung der vierten Generalversammlung der „Industriegewerkschaft Bergbau“ in Köln.

Als sich die Delegierten zu Ehren der toten Bergarbeiter des Jahres von den Plätzen erhoben, ehrte der zweite Vorsitzende der IG Bergbau, Heinrich Imig, ebenso die Gefallenen des Arbeiteraufstandes in der sowjetisch besetzten Zone. Er geißelte mit scharfen Worten den Terror der „Unterdrücker, die sich als Regierung der Arbeiterschaft ausgeben“. Auch Sir William Lather, der Präsident des englischen Bergarbeiterverbandes, mahnte, den 17. Juni immer vor Augen zu haben.

Einer dreiköpfigen Abarndung der estonischen Bergarbeiter-

## Holland nimmt EVG-Vertrag an

Überwältigende Mehrheit in der Ersten Kammer

Den Haag (DPA/AP). Nach zweitägiger Beratung hat die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit 75 gegen 11 Stimmen angenommen.

Gegen die Ratifizierung der Verträge stimmten nur die sechs Kommunisten, die vier Abgeordneten von zwei rechtsextremen Splitterparteien und ein Abgeordneter der antirevolutionären Partei.

Der Ersten Kammer (Senat) wird der Vertrag nach den Parlamentsferien zugeleitet. Auch dort wird mit einer Annahme gerechnet.

Bonn (Eigenmeldung). Das Abstimmungsergebnis im niederländischen Parlament wurde in Bonner Regierungskreisen mit großer Genugtuung aufgenommen. Man sieht darin eine Bestätigung der Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses und glaubt, daß sich auch die übrigen Vertragspartner im Laufe der nächsten Wochen dem niederländischen Beispiel anschließen werden.

## Deutschland bleibt Kernproblem

Zwei Tage außenpolitische Debatte in London

London (DPA/AP). Schatzkanzler Butler, der amtierende britische Regierungschef, bezeichnete die geplante Viermächtekonferenz der Außenminister im September als ein mögliches Vorspiel zu weiteren Gesprächen mit der Sowjetunion. Sie solle zu Konferenzen von „noch größerer Bedeutung“ führen. Mit dieser Erklärung eröffnete Butler eine zweitägige außenpolitische Debatte

im Unterhaus. Die erste Frage sei die „freie Wahlen in ganz Deutschland und die Bildung einer freien deutschen Regierung“.

Das Kernproblem Europas und der Beziehungen des Westens zur Sowjetunion, so fuhr Butler fort, sei das Deutschland-Problem. Bevor jedoch diese Frage gelöst werden könne, müsse es eine freie deutsche Regierung geben, die in der Lage sei, Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu führen und selbst über internationale Beziehungen zu entscheiden.

Die Bedeutung der Deutschlandfrage unterstrich Butler mit dem Hinweis auf die Unruhen in Ostberlin: „Deutschland kann im Jahre 1953 nicht mehr einfach als Objekt für Viermächte-Entscheidungen angesehen werden, die von Rußland es sich anscheinend vorstellt“, sagte Butler.

— Gedenken an Osterlin

gewerkschaft wurde der Zutritt zu der Versammlung verwehrt.

Der Vorsitzende, August Schmidt, erklärte vor der Versammlung unter Beifall, wenn ihm die ostzonalen Delegierten begegnet wären, so hätte er an sie die Frage gestellt, „wo sie am 17. Juni gewesen seien“.

## Fortschritte der westlichen Verteidigung

Bad Oeynhausen (DPA). Der stellvertretende Oberkommandierende der alliierten Truppen in Europa, Feldmarschall Montgomery, betonte in einer Rundfunkbotschaft, daß die westliche Verteidigung enorme Fortschritte gemacht habe. „Vor fünf Jahren hatten wir tatsächlich nichts an militärischer Stärke, und falls irgendein Feind uns angegriffen hätte, glaube ich nicht, daß wir ihm viel hätten

entgegenzusetzen können“, sagte der Feldmarschall. Heute sei die Lage wesentlich anders.

## Spione geschnappt

Düsseldorf (DPA). Gegen fünf Deutsche, die unter dem Verdacht stehen, für die Sowjetunion Spionage getrieben zu haben, begann am Freitag ein Prozeß vor einem britischen Gericht in Düsseldorf.

# Wie die Lebensmittelpakete ausgegeben werden

## Der genaue Verteilungsplan — Zweite Aktion vorbereitet

Die große Lebensmittel-Hilfsaktion zur Ausgabe von einer Million Paketen an die Bewohner des Ostsektors und der sowjetischen Besatzungszone wird bis zum 9. August einschließlich dauern. Die Lebensmittel werden an die Ostbewohner in den verschiedenen Ausgabestellen der Bezirke kostenlos gegen Vorlage des Personalausweises abgegeben.

Die Bewohner der Ostberliner Bezirke werden von folgenden Westberliner Bezirken betreut:

Mitte: Tiergarten; Prenzlauer Berg und Weißensee; Wedding; Lichtenberg und Köpenick; Neukölln; Pankow; Reinickendorf; Friedrichshain und Treptow; Kreuzberg.

Außerdem betreuen diese Westberliner Bezirksämter die Bewohner der Randgemeinden in der sowjetischen Besatzungszone, die sich in ihrem Hinterland befinden.

Die Bezirksämter Spandau, Zehlendorf und Tempelhof betreuen nur die Bewohner der anschließenden Randgemeinden in der Sowjetzone.

Die Bewohner der sowjetischen Besatzungszone, die nicht im Berliner Randgebiet wohnen, werden von folgenden Bezirksämtern betreut:

Brandenburg: Wilmersdorf, Mecklenburg, Vorpommern; Charlottenburg.

Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen; Schöneberg.

Bewohner der Sowjetzone können an jedem beliebigen Tag die Bezugsscheinstellen ihres Patenbezirkes aufsuchen.

Die Ostbewohner melden sich zunächst bei den sogenannten Bezugsscheinstellen in den für sie geltenden Patenbezirken, füllen einen Antrag aus und erhalten gegen Vorlage des

Ausweises einen Bezugsschein. Als Unterlage für die Ausgabe wird eine Karteikarte angelegt, um einen doppelten Empfang der Lebensmittel zu verhindern. Es ist dafür Sorge getragen worden, daß die Karteiunterlagen vor fremdem Zugriff jederzeit gesichert sind. Der Ostbewohner kann sowohl für sich als auch für seine Frau, seine Kinder und die nächsten Familienangehörigen einen Bezugsschein empfangen, wenn er deren Personalausweise vorlegt. Kranke und gehbehinderte Bewohner aus dem Osten können durch Bevollmächtigte gegen Vorlage der Personalausweise die Bezugsscheine erhalten. Mit dem Bezugsschein geht der Bewohner aus dem Ostsektor bzw. aus der Sowjetzone zu der in der Nähe gelegenen Ausgabestelle, die durch Plakate in Westberlin genau angegeben sind. Dort erhält der Empfänger pro Person eine 800-Gramm-Dose Schmalz, 4 kleine Dosen Kondensmilch, eine 1-Pfund-Tüte Hülsenfrüchte und eine 2-Pfund-Tüte Mehl.

Zunächst werden eine Million Pakete jeweils im Werte von über 5 DM ausgegeben. Eine zweite Aktion im gleichen Umfang mit Lebensmitteln besserer Qualität soll voraussichtlich folgen.

## Zonen-Sonderzüge für Kirchentag

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Für den Transport der Teilnehmer aus der Sowjetzone für den Evangelischen Kirchentag in Hamburg sollen zehn Zugpaare eingesetzt werden. Für den Verkehr dieser Züge wurde zwischen den Vertretern der Eisenbahnverwaltungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone grundsätzliche Einigung erzielt.

Die Züge sollen aus allen Gebieten der Zone nach Hamburg abfahren, um den etwa 10 000 von dort zu erwartenden Teilnehmern die Möglichkeit zum Miterleben des großen Treffens zu geben.

Wie die Pressestelle des Kirchentages mitteilt, hat der Aufruf des Kirchentag-Präsidiums, über das Postscheckkonto Hamburg 60 64 („Brudershilfe“) den Besuch der 10 000 Sowjetzonen-Teilnehmer materiell zu ermöglichen, überall ein starkes Echo gefunden.

Die sowjetzonalen Teilnehmer des Kirchentages sollen ihre Interzonenpässe in der Zeit vom 4. bis 7. August erhalten.

### Heinemann und Niemöller

Bonn (DPA). Evangelische Bundestagsabgeordnete der

CDU haben in einem Schreiben an die Leitung des Evangelischen Kirchentages in Hamburg gefordert, es solle Vorsorge getroffen werden, daß der Präses der Synode der evangelischen Kirche, Dr. Heinemann, und Kirchenpräsident Martin Niemöller auf dem Kirchentag keine politischen Fragen erörtern.

## Deutsche helfen Deutschen

Berlin (Eigenmeldung/AP). US-Oberkommissar Botschafter Conant hat die Note des sowjetischen Hohen Kommissars Semjonow zurückgewiesen, in der Semjonow gegen die beabsichtigte und bereits erfolgte Verteilung von Lebensmitteln an Bewohner Ostberlins protestiert hatte.

Conant stellt in seinem Schreiben fest, die Verteilung von Lebensmitteln an Bewohner Ostberlins und der Zone sei eine spontane Aktion der Westberliner Bevölkerung und Behörden, die zum Ziele habe, die Notlage der Deutschen in Ostberlin zu lindern.

Conant bringt sein Erstaunen zum Ausdruck, daß Semjonow

die Lebensmittelverteilung an Hungernde als einen illegalen und ungesetzlichen Akt bezeichnet. Das Angebot der US-Regierung, Lebensmittel für die Sowjetzonenbevölkerung bereitzustellen, sei in guter Absicht gemacht worden. Die ersten Schiffsladungen seien bereits auf dem Wege nach Deutschland und würden den Behörden der Bundesrepublik zur Verteilung an die Sowjetzonenbevölkerung übergeben werden. „Ich hoffe“, so heißt es in dem Schreiben Conants an Semjonow, „Sie werden der Verteilung der Lebensmittel durch Deutsche an Deutsche keine Hindernisse in den Weg legen.“

## Rollenwechsel in Pankow

Wer hat Zaisser gestürzt und weshalb wurde Zaisser gestürzt? In die Ministerrats-Sitzung am Donnerstag, dem 23. Juli, wurde Otto Grotewohl ein Zettel hingereicht, den er alsbald vorlas und der die Mitteilung enthielt, daß Wilhelm Zaisser durch Ernst Wollweber ersetzt, und daß das bisherige Staats sicherheitsministerium in ein Staatssekretariat umgewandelt und dem Ministerium des Innern unterstellt werden sollte. Es besteht kein Zweifel, daß bei allen Beteiligten sofort der Eindruck entstand: Dem sowjetischen Berija folgte der sowjetzonale Berija. Die Frage aber bleibt: Ist dieser Eindruck richtig oder sollte er für die Wirkung nach außen nur erweckt werden? Daß Zaisser nach dem Muster Berijas Machtkonzentrationen für sich vornehmen wollte, ist kaum anzunehmen. Sein Sturz muß andere Gründe haben, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß diese mit dem Juni-Aufstand zusammenhängen, und daß Walter Ulbricht seinen Sturz verursacht hat.

Es ist nämlich festzustellen, daß die Volkspolizei als Machtinstrument der SED völlig versagt hat. Was die SED und vor allem Ulbricht Zaisser niemals verzeihen konnten, war die nun historisch feststehende Tat-

sache, daß die sogenannte Regierung gegen den Aufstand völlig machtlos war und daß allein die Panzer der Besatzungsmacht den Aufstand äußerlich beendeten.

Zaisser selbst ist klug genug, um zu wissen, daß er für dies Versagen büßen muß. Was er jetzt erlebt, ist der Berufsfall eines Berufsrevolutionärs.

An seine Stelle ist nunmehr ein Mann des gleichen Typs getreten: Der frühere Matrose Ernst Wollweber, ebenfalls ein echter Berufsrevolutionär. Solche Leute braucht man für die „Staatsicherheit“.

Wollweber, ein in der Wolle gefärbter Kommunist, hat seine Finger in vielen dunklen Affären gehabt. Sein täglicher Umgang waren Agenten und Spione, seine Spezialitäten waren Schiffssabotagen und geheime Waffentransporte. Seine Beschäftigung mit Verkehrsfragen ist sicherlich zum großen Teil nur Tarnung gewesen. Jetzt kehrt er zu seinem alten Metier zurück. Seine Methoden werden die Methoden Zaisers sein und er wird die gleichen Erfahrungen machen, die Zaisser gemacht hat, daß mit Terrormethoden eine Befriedung der Sowjetzone nicht durchzuführen ist.

## Propaganda statt Zahlen

### Pankows Bauprogramm — Die Ruinen bleiben

Berlin (Eigenmeldung). In der „Täglichen Rundschau“, der Zeitung der sowjetischen Besatzungsmacht, verbreitet sich Ulbrichts Kollege als stellvertretender Ministerpräsident der DDR, Dr. Lothar Bolz, über einen der Hauptbeschwerdepunkte der Bevölkerung, den mangelnden Wohnungsbau.

Natürlich fehlt nicht der übliche Seitenhieb über die angeblichen Nissenhütten, Wohnbunker und Kleinstwohnungen, die in der Bundesrepublik gebaut wurden. Davon, daß in Westdeutschland jährlich 400 000 bis

500 000 neue Wohnungen entstehen, spricht DDR-Bolz nicht. Er vermeidet in seinem spaltenlangen Artikel sorgfältig, irgendeine tatsächliche Ziffer über den sowjetzonalen Wohnungsbau zu geben. Man sei „ein gutes Stück vorwärtsgekommen“, heißt es da nur verschämt.

Vom „großartigen Ensemble der Stalinallee“ ist die Rede, von der Zielsetzung, in Dresden den Zwinger und andere Baudenkmäler wieder herzustellen und das Zentrum wieder aufzubauen. In Rostock, Magdeburg, Leipzig und Jena sei in großem Umfang neuer Wohnraum gebaut worden. Bolz vergißt hinzuzufügen, daß diese Städte Zentren der östlichen Rüstungsindustrie sind.

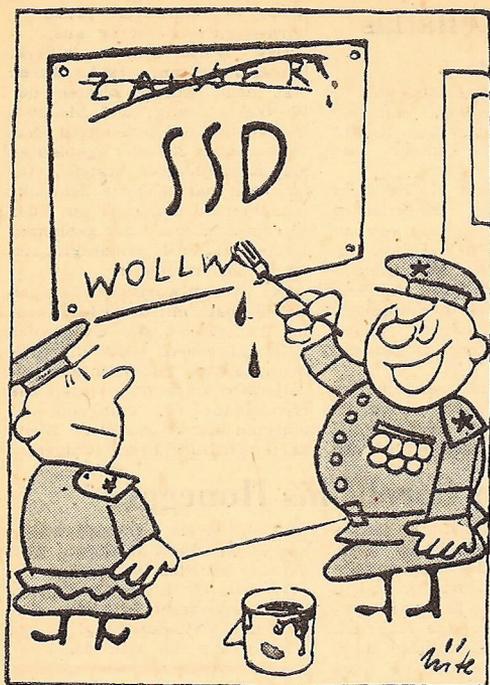
Es wird dann von einem neuen Wohnungsbauprogramm gesprochen. Das ursprüngliche Wohnungsbauprogramm 1953 dürfe „jedoch unter keinen Umständen vernachlässigt“ werden. Es sei falsch, eine so große Zahl neuer Objekte zu beginnen, daß die Baukapazitäten zersplittert würden. Der stellvertretende DDR-Ministerpräsident höchstselbst gibt dann noch eine ganze Reihe dringlicher Ratschläge, wie das Bauprogramm durchzuführen sei, so daß der Eindruck nicht von der Hand zu weisen ist, daß abermals außer prunkvollen Regierungsbauten, Rüstungsfabriken, Vopakasernen und Stalinalleen sehr wenig geschehen wird.

## Semjonows Heucheleyen

DT. Nachdem am 16. und 17. Juni Hunderttausende deutscher Arbeiter in allen Städten der Sowjetzone gegen die Ausbeutung und den Hunger demonstrierten, wagt der sowjetische Hohe Kommissar Semjonow, mit Lügen und Beleidigungen auf das amerikanische Lebensmittelangebot zu antworten. In der Note an den amerikanischen Botschafter Conant spricht Semjonow von „plumpen Propagandamanövern“, „Massenprotesten Westberliner Arbeitsloser und Ostberliner Bürger gegen verbilligte Lebensmittelverkäufe“, von „Hunger von Millionen Westberliner und westdeutscher Arbeitsloser“.

Was ist die Wahrheit? Ein Spaziergang im Berliner Ostsektor genügt, um zu sehen, wie

elend die Masse der Menschen im sowjetischen Herrschaftsbereich aussieht. Will Semjonow zwei Millionen Zeugen in Gestalt der seit 1945 vor dem Sowjetterror und dem Hungersystem gefüchteter Bewohner der Sowjetzone vorgeführt bekommen? Der sowjetische Hohe Kommissar täte besser, sich bewußt zu sein, daß der 17. Juni jener Wendepunkt ist, von dem ab nicht mehr von dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Sowjetzone geschwiegen wird. Die Ausbeutung und das Hungernlassen der 18 Millionen Deutschen unter dem Sowjetzonenregime verletzen nunmehr schon seit Jahren die einfachsten Prinzipien der Humanität. Verdrehungen in Noten Semjonows vermögen dies nicht aus der Welt zu schaffen.



„Natürlich, Genosse, Firma bleib!“

## Der neue Kurs — das alte Ziel

Auch die Barden des sozialistischen Realismus dürfen nun auf „neuen Kurs“ gehen. In Günther Cwojdrak fanden die Schriftsteller der Sowjetzone den Lotsen, der ihnen helfen soll, progressive Klippen zu umschiffen. In der sowjetdeutschen „Berliner Zeitung“ durfte er offen die Fehler der bisherigen „Kulturpolitik“ aufzählen:

„Die Fehler, die der Schriftsteller gestern nicht zu sehen und zu gestalten w a g t e, hat die Regierung öffentlich eingestanden. Ein solcher Schriftsteller ist also nicht das Opfer des neuen Kurses geworden, er ist das Opfer seiner eigenen Unsicherheit und Unbehaglichkeit geworden.“ Das ist ein unverfrorener Zynismus, mit dem der Autor vergessen lassen will, daß er selbst bislang keine Fehler sehen, geschweige denn gestalten durfte. „Wie kommt es, daß wir über diese Fragen nicht schon früher gesprochen haben?“ fragt er immerhin und

findet die Gründe in „Bequemlichkeit, falscher Vorsicht und Zurückhaltung“. Es ist müßig, danach zu fragen, wer C. zurückgehalten hätte, wäre er vor dem 17. Juni ebenso offen gewesen.

Aber das Signal zum „neuen Kurs“ ist ja gegeben, wohin wird er führen? — „Geändert haben sich die Mittel und Methoden, geändert hat sich der Weg zu unserem Ziel.“

Das also ist die Quintessenz des „neuen Kurses“: es bleibt bei der „Dekoration für Pappkulissen“, wie Günther C. treffend die bisherige literarische Sollerfüllung kennzeichnet.

Wie heißt es doch in Liliencrons Ballade vom „Lotsen“: „Links müßt ihr steuern, halt ein Schrei, kieloben treibt das Boot zulande...“ Auch die neuen Lotsen werden die brüchige Brigg nicht sicher in den Hafen bringen können, denn kieloben treibt ihr Boot zwar auf „neuem Kurs“, doch im „alten Fahrwasser.“

## Nur flüstern . . .

### Verwechselt

„Aber Lehmann, was ist denn mit Ihnen los?“ fragt neulich jemand seinen Freund in Dresden, der mit verbundenem Kopf mühsam über die Straße humpelte. „Wie sehen Sie denn aus? Haben Sie einen Verkehrsunfall gehabt?“

„Ach, viel schlimmer“, lautete die Antwort, „ich bin gestern im Kino mit Ulbricht verwechselt worden . . .“

### Die Erfindung

„Es ist doch lächerlich, daß die Sowjets immer behaupten, sie hätten alles erfunden!“ sagt in Leipzig ein Arbeiter zum anderen.

Der nickt, aber plötzlich macht er einen Einwand: „Etwas haben sie aber doch erfunden und sogar zu uns gebracht!“

„? ? ?“

„Natürlich! Wie man andere arbeiten lassen kann, ohne ihnen etwas zu essen zu geben!“

### Ärztlicher Rat

Ulbricht geht zum Arzt, um sich seinen gebrochenen Arm schienen zu lassen.

„Wie ist denn das passiert?“ will der Arzt wissen.

„Ach, ich habe nach dem 17. Juni gedacht, ich könnte mich auf die SED-Mitglieder stützen. Aber die rückten von mir weg. Da bin ich ausgerutscht und habe mir den Arm gebrochen.“

„Wie leichtsinnig!“ sagt der Arzt mißbilligend, „aber Sie haben noch Glück gehabt. Hätten Sie versucht, sich auf das Volk zu stützen, hätten Sie sich bestimmt das Genick gebrochen!“

### Herzliche Bewirtung

Ein Funktionär aus der Sowjetzone, der noch nicht recht die volksdemokratischen Regeln kennt, ist in die Sowjetunion geschickt worden. Die Moskauer Komsomol-Leitung gibt ihm zu Ehren ein reichhaltiges Essen. Der Funktionär ißt und trinkt, und als er sich verabschiedet, sagt er: „Vielen Dank für den Tee!“

„Wieso nur für den Tee?“ wundert sich der Komsomol-Funktionär.

„Na ja“, meint harmlos der Besucher aus der Zone, „alles, was ich hier gegessen habe, war aus der DDR — nur der Tee nicht.“

# 50 Länder schaffen den Weltatlas

## Das größte Kartenwerk entsteht

Seit sieben Jahren arbeiten nord- und südamerikanische Institute an einer gemeinsamen kartographischen Aufnahme der westlichen Hemisphäre. Dieses Vorhaben, dessen Abschluß erst in Jahrzehnten zu erwarten ist, gilt als das größte Kartenprojekt aller Zeiten. Das bisher umfangreichste Kartenwerk unserer Zeit wurde jedoch bereits im Jahre 1891 geplant und ist jetzt erst etwa zur Hälfte vollendet. Es ist der internationale Weltatlas im Maßstab 1:1 000 000.

Obwohl es auf den üblichen Landkarten kaum noch „weiße Flecken“ gibt, ist der verkehrsmäßig zusammengeschrumpte Erdball kartographisch fast unbekannt. Nur zehn Prozent der insgesamt rund 150 Millionen Quadratkilometer umfassenden Landflächen der Erde sind in topographischen Karten erfasst und sogar nur fünf Prozent bis in die letzte Einzelheit genau vermessen und zeichnerisch nachgebildet. Hundertprozentig topographisch dargestellt sind einige europäische Länder, zu

denen auch Deutschland gehört. Besonders lückenhaft sind dagegen die vorhandenen Karten von Australien, Zentral- und Ostasien.

Abgesehen vom Nördlichen Eismeer und der antarktischen Landmasse, fehlen auch von zugänglicheren Gebieten noch einwandfreie Karten. Von Australien etwa sind über hundert Jahre alte Karten im Gebrauch, auf denen inzwischen längst ausgetrocknete Seen eingezeichnet sind.

Aber nicht nur mangelhaftes Kartenmaterial, auch uneinheitliche Maßstäbe der vorhandenen Karten und unterschiedliche

Maße — Kilometer, Meile — wirken sich nachteilig aus.

Das Werk schritt äußerst langsam voran. 1914 waren erst acht Europa-Blätter der Weltkarte fertig, und bis 1938 hatten die 48 beteiligten Nationen nur 232 der geplanten 974 Kartenblätter erstellt. Inzwischen hat sich die Zahl der mitarbeitenden Länder auf über 50 erhöht und die der geplanten Karten auf 961 ermäßigt, von denen 461 vorliegen.

Die Verantwortlichen tragen sich deshalb mit dem Gedanken, ihr Projekt in die Obhut der UNO zu geben. Denn die größeren Mittel dieser internationalen Organisation würden die Herausgabe der dringend benötigten internationalen Weltkarte erheblich beschleunigen.

## Von Corelli bis Honegger

Vier international bekannte Kammermusik-Ensembles werden während der kommenden Berliner Festwochen in Berlin konzertieren. Aus England kommen die „Golden age singers“, die in den Mittelpunkt ihres Programms Werke von Luca Marenzio aus Brescia stellen werden.

In die Welt kammermusikalischer Werke von Corelli und Vivaldi bis Rossini werden die „Virtuosi di Roma“ führen, eine aus vierzehn Künstlern bestehende Vereinigung. Aus Amerika hat sich das „Pa-

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Wissenschaft und Freiheit

### Eine internationale Tagung in Hamburg

Die internationale Tagung „Wissenschaft und Freiheit“ wurde im Kaisersaal des Hamburger Rathauses eröffnet. Auf der vom Kongreß für die Freiheit der Kultur und der Universität Hamburg veranstalteten Tagung werden 119 Wissenschaftler aus 19 Nationen eine neue Begründung des Begriffes der wissenschaftlichen Freiheit in der modernen Welt erarbeiten.

Der Bürgermeister der Hansestadt, Max Brauer, neben dem man Professor Carlo Schmidt und Berlins Regierenden Bürgermeister, Prof. Reuter, sah, forderte eine „Militanz der Wissenschaft“ und gemeinsames Eintreten der Politiker und Wissenschaftler für die Freiheit.

Nobelpreisträger Prof. James Franck (Chicago), der zum erstenmal seit seiner Auswanderung nach den USA wieder in Hamburg sprach, begrüßte die von der Konferenz ange-

strebte freie Diskussion über die Freiheit der Wissenschaft. Die Wissenschaft erleide in den Ländern hinter dem eisernen Vorhang eine Unterdrückung, die sie selbst völlig in Frage stelle.

### Atome als Heilmittel

Washington (AP/DPA). Mit einem neuartigen atomaren Heilmittel sind zwei amerikanische Ärzte nach Zagreb geflogen, um den schwer erkrankten jugoslawischen Kardinal Stepinac zu behandeln. Der Kardinal leidet an einer übermäßigen Vermehrung der roten Blutkörperchen.

Das Heilmittel kommt aus dem Atomwerk Oak Ridge. Die Atomenergie-Kommission mußte ihre Erlaubnis zur Ausfuhr des Medikaments geben. Oak Ridge soll der einzige Ort der Welt sein, wo dieses Heilmittel zur Zeit verfügbar ist. Auch die jugoslawische Regierung hat die Erlaubnis zur Behandlung des Kardinals erteilt.

ganini-Quartett“ angesagt, das die aus Paganinis Nachlaß stammenden Stradivarius-Instrumente besitzt. Aus Paris kommt das „Quintette instrumentale Pierre Jamet“. Claude Debussy, Albert Roussel, Vincent d'Indy und Arthur Honegger haben für das „Quintette Jamet“ geschrieben oder ihm Werke gewidmet.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.